

Interpellation Fraktion SP (Michael Sutter/Peter Marbet, SP): Erachtet der Gemeinderat den Ausnahmezustand in Berns Innenstadt am 29. März 2014 für verhältnismässig?

Das Bild der Berner Innenstadt, das sich Einwohnerinnen und Touristen am 29. März 2014 bot, dürfte vielen noch lange in Erinnerung bleiben. Bern befand sich in einem regelrechten Belagerungszustand. An jeder Ecke standen Dutzende von Polizisten aus der halben Schweiz, Passanten wurden reihenweise und ohne von aussen erkennbaren Grund kontrolliert und zum Teil festgenommen. Der Bundesplatz glich einem militärischen Sperrgebiet und die Hauptgassen waren den ganzen Tag für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

Die Ausgangslage war unbestrittenermassen brisant und ein Bereitschaftsaufgebot der Polizei war sicher gerechtfertigt. Eine Person aus dem rechtsnationalistischen Milieu hatte eine Kundgebung organisiert, welche von Gemeinderat bewilligt wurde. Angemeldet haben sich unter anderem bekennende Rechtsextreme und Mitglieder der Partei national orientierter Schweizer (PNOS). Ebenfalls gab es Aufrufe zu Gegendemonstrationen und Blockadeaktionen aus linken Kreisen. Unter diesen Umständen musste mit Zusammenstössen und Ausschreitungen gerechnet werden. Nachdem sämtliche Kundgebungen abgesagt wurden, war die Ausgangslage jedoch eine erheblich andere, der Einsatz der Sicherheitskräfte und die Grösse des Polizeiaufgebots wurde aber offenbar nicht der neuen Situation angepasst. Die getroffenen Massnahmen und der martialische Auftritt der Sicherheitskräfte erscheinen in diesem Kontext nicht mehr verhältnismässig. Zudem stellt sich die Frage, ob die Kosten des Einsatzes aufgrund der veränderten Ausgangslage gerechtfertigt waren. In diesem Zusammenhang fordern wir den Gemeinderat auf, folgende Fragen zu beantworten:

1. Gab es nach Absage sämtlicher Kundgebungen eine Veränderung des Einsatzdispositivs und der Einsatztaktik der Polizei?
 - 1.1. Wenn Nein, weshalb nicht?
 - 1.2. Weshalb wurde keine zurückhaltende Taktik ohne offensive Kontrollen und einem Polizeiaufgebot im Hintergrund gewählt?
2. Wie viele Polizisten standen insgesamt im Einsatz?
 - 2.1. Wie viele davon kamen von ausserhalb des Kantons Bern?
 - 2.2. Wie hohe Kosten verursachte der Einsatz? Welchen Anteil davon trägt die Stadt Bern?
3. Wie viele Personen wurden kontrolliert?
 - 3.1. Nach welchem Raster wurden diese ausgewählt?
 - 3.2. Wie viele Personen wurden festgenommen und aus welchen Gründen?
 - 3.3. Wie viele Verzeigungen gab es?
4. Auf welcher rechtlichen Grundlage wurde der Bundesplatz während Stunden für sämtliche Personen ohne Uniform gesperrt? Erachtet der Gemeinderat diese Massnahme rückblickend als geeignet, angemessen und verhältnismässig?
5. Weshalb wurden die Hauptgassen während Stunden für den öffentlichen Verkehr gesperrt, obwohl sämtliche Kundgebungen abgesagt wurden?
 - 5.1. Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass ein reibungsloser Verkehrsfluss durch die betroffenen Hauptgassen den ganzen Tag möglich gewesen wäre?
 - 5.2. Welche Kosten verursachte die Umleitung der Trams und Busse?

Begründung der Dringlichkeit

Eine möglichst rasche Klärung der gestellten Fragen ist für die Herstellung von Transparenz und die Klärung der Verhältnismässigkeit des Polizeieinsatzes geboten. Sie ist auch im Hinblick auf zukünftige Grosseinsätze der Polizei wichtig.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 03. April 2014

Erstunterzeichnende: Michael Sutter, Peter Marbet

Mitunterzeichnende: Lena Sorg, David Stampfli, Lukas Meier, Annette Lehmann, Halua Pinto de Magalhães, Lea Kusano, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Hasim Sönmez, Yasemin Cevik, Bettina Stüssi, Martin Krebs, Benno Frauchiger, Gisela Vollmer, Katharina Altas, Thomas Göttin